

zeichnet nämlich treffend die in dieser Quelle überlieferte Bemerkung Sokals, es wäre wenig sinnvoll gewesen, im Versailler Friedensvertrag für die Grenze zwischen Deutschland und dem wiederhergestellten Polen einen bestimmten Verlauf festzulegen, wenn es nun der Reichsregierung gestattet werden würde, die Minderheitenschutzbestimmungen dazu zu nutzen, jederzeit in den polnischen Staat hineinzukommen.

Leider hat es sich Sch. in den Kopf gesetzt, diesen Minoritätenschutz und namentlich die Gestalt, die ihm durch die damals diesseits wie jenseits der Reichsgrenzen unternommenen Versuche gegeben werden sollte, ausschließlich als eine politische Organisationsform zu erklären, in der Herrschaftsgrundsätze einer weit zurückliegenden Zeit, die später durch Rousseaus Konzept vom totalen und einheitlichen Volksstaat verdrängt worden seien, wiederbelebt würden, angereichert freilich um einige demokratische Elemente. Doch um den gegenwärtigen, eher noch den für die Zukunft angestrebten Minderheitenstatus zutreffend als eine mehr oder weniger weit gehende Exklavierung zu beschreiben, ist es keineswegs zwingend, seine Herleitung aus einer untergegangenen Gesellschaft zu behaupten, wie Sch. dies vor allem mit dem von ihm mit irritierender Häufigkeit verwendeten Begriff Personenverbandsstaat tut, obwohl er für eine solche bewußte Wiederaufnahme nicht ein einziges Quellenzeugnis nennen kann. Vielmehr bieten sich dafür genügend moderne, also nachaufklärerische und für eine Massengesellschaft besser passende Vorstellungen an, etwa die bestimmten Gruppen zuzubilligende – naturrechtlich zukommende? – Autonomie oder das Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre. Auch Karl Renners genossenschaftlich gedachtes Personalitätsprinzip, auf das sich Sch. offensichtlich vor allem anderen stützt, ohne allerdings diese Abkunft seiner Theorie zu erläutern oder gar zu belegen, kommt ohne einen solchen Rückgriff auf frühere Epochen aus.

Köln

Peter Burian

Kolloquium zum Deutschunterricht und Unterricht in deutscher Sprache bei den deutschen Bevölkerungsgruppen im Ausland. 5. Konferenz deutscher Volksgruppen in Europa in der Akademie Sankelmark. Planung und Gesamtedaktion Dr. Alexander Ritter. Verlag Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein e. V. Flensburg 1988. 232 S.

In der fortlaufenden Reihe von Veranstaltungen zu Problemen des Deutschunterrichts und der Pflege der Muttersprache bei den verschiedenen deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen im Ausland stellt die in dem vorliegenden Band dokumentierte Konferenz eine wichtige Zwischenbilanz dar, besonders im Hinblick auf die Situation in Ostmitteleuropa, Südosteuropa und der Sowjetunion in den Jahren vor den politischen Umwälzungen der jüngsten Zeit. Unter den insgesamt 13 hier versammelten Beiträgen widmen sich fünf diesem Raum, die anderen behandeln die deutsche Sprache und den Deutschunterricht in Südostbelgien (Eupen/Malmedy), in Südtirol, in Luxemburg, im Elsaß und im dänischen Nordschleswig; aus der Sicht des Auswärtigen Amtes wird über die amtliche Förderung der deutschen Sprache im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik berichtet, und der Konferenzleiter und Herausgeber des Bandes Alexander Ritter selbst steuerte eine ins Grundsätzliche zielende Einleitung (S. 9–18) sowie einen Bericht über ein „Projekt Literaturunterricht“ (S. 207–222) bei, welches dem Defizit an Kenntnissen über die deutschsprachige Literatur im Ausland abhelfen soll.

„Nach 1945 ist man sich einig: kein Kulturimperialismus mehr, kein Chauvinismus, keine Missionierung mehr in Sachen deutscher Kultur, vor allem auf keinen Fall mit Hilfe der deutschen Minderheiten, ihrem muttersprachlichen Potential, ihren schulischen Einrichtungen“ (S. 14). Das negative Erbe der nationalsozialistischen Politik

wirkte sich bekanntlich besonders gravierend auf die Restbestände der deutschen Bevölkerung in Ostmittel- und Südosteuropa sowie auf die aus ihren ehemaligen Siedlungsgebieten deportierten Rußlanddeutschen aus, aber auch auf das Elsaß, in Belgien und – am schwächsten – in Dänemark. Südtirol ist, wie man weiß, in mancherlei Hinsicht ein Sonderfall geblieben. Durch alle Beiträge zieht sich daher, mehr oder minder stark artikuliert, die „Bewältigung“ dieser historischen Belastungen wie ein roter Faden, und zwar in zweifacher Hinsicht: im Bewußtsein der westdeutschen Öffentlichkeit und der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland einerseits, in den betreffenden Staaten selbst im Hinblick auf die Behandlung der deutschen Sprache andererseits.

Der Titel des von Heinrich Kuhn verfaßten Beitrages über die Tschechoslowakei „Das Ende der deutschen Sprache – von der Muttersprache im Schulunterricht zur Fremdsprache“ (S. 113–128) könnte genau so über dem Bericht von Hans-Jürgen Karp zur Situation in Polen stehen (S. 97–112). In beiden Fällen war durch die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten und dem Sudetenland der muttersprachliche Deutschunterricht zum Erliegen gekommen; für die verbleibenden Deutschen wurde ein solcher Unterricht nicht erlaubt. In der Sowjetunion, über die Peter Hilkes (S. 153–172) informiert, wurde der „Unterricht in der Muttersprache der Kinder und erwachsenen Bevölkerung deutscher Nationalität“ zwar schon 1957 wieder zugelassen, aber die Praxis sah ganz anders aus. Bei den Rumänien- und Ungarndeutschen, über die Walter König (S. 129–152) und Elisabeth Komlósi-Knif (S. 183–194) berichten, waren die Überlebens- und Entwicklungschancen dank verbliebener kompakter Siedlungen und einer insgesamt nationalitätenfreundlicheren Bildungspolitik günstiger, aber der Assimilationsdruck blieb. Die aus Rumänien, der Sowjetunion und Polen seit Mitte der achtziger Jahre dramatisch ansteigenden Aussiedlerzahlen verändern die Situation und damit die Überlebenschancen der deutschen Sprache als Muttersprache nachhaltig. In gewissem Gegensatz dazu steht die deutliche Zunahme des Interesses an der deutschen Sprache in der Gesellschaft, auch unter der Jugend, auf Grund der politischen Wandlungen in diesen Ländern.

Ein Vorzug dieses Konferenzbandes ist die faktenreiche, auch statistisch untermauerte Darstellung der sprachlichen und pädagogischen Situation auf dem Hintergrund der allgemeinen politischen Entwicklung, nüchtern, illusionslos, auf jeden Fall ohne Resentiments. Eine Bestandsaufnahme ähnlicher Art zu Beginn der neunziger Jahre könnte zeigen, ob unter veränderten Rahmenbedingungen die Stellung der deutschen Sprache und die Funktion des Deutschunterrichts sich nachhaltig verändert, d. h. verbessert haben.

Bochum

Oskar Anweiler

Westpreußen-Jahrbuch. Hrsg. von Hans-Jürgen Schuch i. A. der Landsmannschaft Westpreußen. **Bände 39 und 40.** Westpreußen-Verlag Münster 1988, 1989, je 160 S., zahlr. Abb. i. T.

Band 39 eröffnet eine Rede des Senators Ervin Hasbach vom 11. März 1939 im polnischen Senat, in der er an die polnischen Politiker um Verständnis für die Belange der deutschen Minderheit appellierte. Hugo Rasmus behandelt die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen kurz vor und nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, wobei er ausführlich auf die Ereignisse des „Bromberger Blutsonntags“ am 3. September 1939 eingeht. Heinz Lingenberg beschäftigt sich mit der Geschichte der Radaune, die einer der drei das Danziger Stadtgebiet berührenden Flüsse ist. Die um 1200 erstmals erwähnte Radaune erlangte nach ihrer Kanalisierung zur Zeit des Deutschen Ordens eine wichtige Funktion in der Danziger Trinkwasserversorgung. Gemeinsam mit dem